

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 23 Berlin und Bonn

17. Dezember 2020



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Ein Jahr voller Herausforderungen

(BS) Das Jahr 2020 wird vielen Menschen in sehr schlechter Erinnerung bleiben. 2020 begann fast wie immer ein neues Jahr beginnt und endete mit einem zweiten Lockdown. Lockdowns waren in den Planungen des Katastrophenschutzes nicht vorgesehen, wohl aber Pandemien mit vielen Auswirkungen und erschreckenden Abhängigkeiten. Insofern ist einiges eingetreten, was erkennbar war, und anderes ist eingetreten, was völlig unerwartet war. Für die Gefahrenabwehr stellte die Corona-Pandemie viele Herausforderungen bereit, inklusive der Ausfälle in den eigenen Reihen.

Wie wird das Jahre 2021? Meine Hoffnung ist, dass es schwierig beginnt, aber deutlich besser endet. Ein gutes Vorzeichen werden die Impfungen gegen das Virus sein. Mögen wir alle von schwierigen Situationen und persönlichen Schicksalen verschont bleiben. Wenn ich einen Wunsch frei hätte, wäre es "ein Reset für das Jahr 2020, denn es war Viren verseucht."

Ich schließe mit einer alten Weisheit: Wenn's alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs neue Jahr. Und war es schlecht, dann erst recht.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Kritik an Impfpriorisierung

(BS) Die Kritik an dem Vorschlag der Ständigen Impfkommission (STIKO) des Robert Koch-Instituts (RKI) zur Priorisierung der Corona-Impfungen reißt nicht ab. Die STIKO hatte in seinem Vorschlag Feuerwehrangehörige als "gering erhöhte Risikogruppe" eingeordnet. Damit sind die Kräfte der Feuerwehr in der vorletzten Priorisierungsgruppe, die geimpft werden soll. Insgesamt wird in sechs Personengruppen unterschieden. Ziel der Empfehlung sei "schwere Corona-Erkrankungen und Todesfälle zu verhindern und Personen mit einem erhöhten arbeitsbedingten Infektionsrisiko zu schützen", heißt es von der Kommission.

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) kritisiert die niedrige Priorisierung von Feuerwehrkräften. "Dies wird der Gefährdung, der Bedeutung für die Daseinsvorsorge sowie der Verantwortung der Gesellschaft für den lebensnotwendigen Bereich der Gefahrenabwehr keinesfalls gerecht", sagte DFV-Vizepräsident Hermann Schreck. Der DFV appelliert deshalb an die Länder den Vorschlag zu modifizieren. Die obersten Landesgesundheitsbehörden sind nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) zuständig, auf Grundlage der jeweiligen Empfehlungen der STIKO Maßnahmen umzusetzen. Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft



Die Priorisierung bei den Corona-Impfungen trifft bei den Interessensvertretern der Feuerwehren auf massive Kritik.

Foto: BS/Jeyaratnam Caniceus. pixabay.com

(DFeuG) macht zudem dabei auf folgendes Paradoxon aufmerksam: Feuerwehrkräfte und Rettungsdienstangehörige können auf Grundlage des Vorschlags unterschiedlich eingeordnet werden. Rettungsdienstmitarbeiter können dabei je nach Aufgabengebiet drei bis vier Priorisierungsgruppen höher eingestuft werden. Es werde dabei vergessen, dass ein Großteil der Berufsfeuerwehren in Deutschland aktiv im Rettungsdienst tätig sei. Zusätzlich würden die Feuerwehren bei First-Responder-Einsätzen den Rettungsdienstkräften jeden Tag helfen, so die DFeuG. Die Gewerkschaft fordert: "Der Entwurf muss dringend noch einmal überarbeitet werden."

Jeden Dienstag neu – Behördenwissen zum Reinhören:

- **Korruption ist kein Kavaliersdelikt:**
Ein Interview.
- **Körperschmuck bei Polizisten (un)erlaubt:**
Eine Recherche.
- **Katastrophenschutz muss resilienter werden:**
Ein Kommentar.



PUBLIC SECTOR
INSIDER

behoerden-spiegel.de/podcast

Der Podcast des
Behörden Spiegel

"Helfende Hand" 2020 verliehen



Die Dienststelle Harz des Malteser Hilfsdienstes (MHD) gewann mit seinem Projekt "Begleitender Einstieg ins Ehrenamt – BE Ehrenamt" beim Förderpreis "Helfende Hand

Screenshot: BS/Klawon

(BS) Der 2009 ins Leben gerufene Förderpreis "Helfende Hand" wurde für dieses Jahr verliehen. Das Bundesinnenministerium (BMI) zeichnete 15 ehrenamtliche Projekte für ihren Beitrag für das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz aus. Die Jury wählte aus rund 270 Bewerbungen Projekte für die Kategorien "Nachwuchsarbeit", "Innovative Konzepte" und "Unterstützung des Ehrenamtes" aus. Ebenso wurde ein Publikumspreis vergeben. Die Kategorien "Nachwuchsarbeit" und "Innovative Konzepte" sind mit Preisgeldern von bis zu 9.000 Euro dotiert.

Besondere Unterstützung von neuen Kräften prämiert

Den ersten Platz in der Kategorie "Nachwuchsarbeit" gewann die Dienststelle Harz des Malteser Hilfsdienstes (MHD) mit dem Projekt "[Begleitender Einstieg ins Ehrenamt – BE Ehrenamt](#)". Das Projekt wurde aufgrund seiner ganzheitlichen Konzeption, "neue Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz an die Hand zu nehmen und in die ehrenamtliche Tätigkeit einzuführen." Auf diese Weise würden die neuen Kräfte besonders unterstützt und motiviert, erläuterte das BMI.

"[Corona kinderleicht erklärt](#)" vom Regionalverband Westliches Westfalen/Sauerland des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) belegte in der Kategorie "Innovative Konzepte" den ersten Platz. Der Regionalver-

band bereitet in diesem Projekt Fragen rund um das Thema Corona kindergerecht auf. Außerdem stellt der Verband passende Materialien zum Basteln und Experimentieren zur Verfügung.

Unternehmen können ehrenamtliches Engagement aktiv unterstützen

Der Radiosender Antenne Bayern gewann mit der Aktion "[Komm's her zur Feuerwehr](#)" in der Kategorie "Unterstützung des Ehrenamtes". Die Aktion hatte zum Ziel, auf ehrenamtliches Engagement aufmerksam zu machen und neue Mitglieder anzuwerben. Dabei war die Aktion so erfolgreich, dass sich nach zwei Wochen schon über 2.000 neue Interessierte für die Freiwillige Feuerwehr gefunden haben. Das Konzept verdeutlichte, dass auch Unternehmen ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz aktiv unterstützen können, so das BMI.

Den diesjährigen Publikumspreis hat das Projekt "Ein Großtanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Storkow (Mark)" und das Unternehmen Jola-Rent aus Rösrath für die Bereitstellung eines Großtanklöschfahrzeuges für die Waldbrandbekämpfung für die Feuerwehr Storkow erhalten.

Der Förderpreis "Helfende Hand" wurde ins Leben gerufen, um das Ehrenamt zu stärken, die Nachwuchsarbeit zu fördern und das Interesse der Menschen für ein Ehrenamt im Bevölkerungsschutz zu wecken.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 14. Dezember:](#)

- Sachstand zu Rüstungsprojekten
- Materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr
- Schweden baut seine Luftverteidigung aus

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 14. Dezember:](#)

- Bayerisches Polizeiaufgabengesetz wird reformiert
- Gefährliche Gruppierung in Hamburg
- KI ist kein Ersatz für den Menschen

[Podcast "Public Sector Insider" vom 15. Dezember:](#)

- Kein Kavaliersdelikt
- Körperschmuck (un)erlaubt
- Resilienz muss besser werden

[Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 16.](#)

[Dezember:](#)

- Bund verhandelt mit Microsoft erneut
- Pläne für Registermodernisierung sind abzulehnen
- Nationale Strategie gegen Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit
- US-Behörden gehackt

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 15. Dezember:](#)

- Humanitäre Hilfe im Auslandseinsatz

"Zukunftsfähige Feuerwehr" geht voran

(BS) Das Programm "Zukunftsfähige Feuerwehr" in Mecklenburg-Vorpommern wird weiter vorangetrieben. Die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes erhielten vom mecklenburg-vorpommerschen Innenministerium Zuwendungsbescheide in Höhe von je 307.000 Euro für die Beschaffung von Tanklöschfahrzeugen (TLF) 5000 Typ "Brandenburg".

Als Lehre aus den verheerenden Waldbränden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben beide Länder gemeinsam mehr als 40 TLFs beschafft. Von diesen gehen elf an Mecklenburg-Vorpommern. Die kreisfreien Städte und die Landkreise Nordwestmecklenburg, Rostock sowie Vor-

pommern-Rügen erhalten je ein Fahrzeug, die Landkreise Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Greifswald je zwei der Fahrzeuge. Das Land beteiligt sich mit einer Förderung von 80 Prozent der Kosten an der Beschaffung.

Die Förderung geschieht im Rahmen des Programms "Zukunftsfähige Feuerwehr". In den nächsten vier Jahren will das Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 50 Millionen Euro zur Verbesserung des Brandschutzes investieren. Mit dem Geld wird insbesondere die Beschaffung moderner Feuerwehrfahrzeuge durch die Gemeinden als Träger des kommunalen Brandschutzes gefördert. Aus Gründen der Wirtschaftlich-



Rund 50 Millionen Euro will das Land durch das Programm "Zukunftsfähige Feuerwehr" in den Brandschutz investieren.

Foto: BS/planet_fox, pixabay.com

keit werden die Beschaffungen durch das Land zentral durchgeführt. Dies ist ein Novum bei der Beschaffung von Fahrzeugen.

BB: 40 Millionen Euro für Umbaumaßnahmen

(BS) Die Landesregierung in Potsdam fördert in den nächsten Jahren die Feuerwehren in Brandenburg mit insgesamt 40 Millionen Euro. Das Geld soll in Neu- und Umbaumaßnahmen von Feuerwehrhäusern sowie in die Anschaffung von Sonderausrüstung fließen. Die Mittel stammen aus dem Zukunftsinvestitionsfond.

Für die Bereitstellung der Mittel wird eine neue Feuerwehrinfrastruktur-Richtlinie auf

den Weg gebracht. Mit der neuen Richtlinie wird das bisherige Vergabeverfahren der Fördermittel vereinfacht und gestrafft.

Für Neu- und Umbaumaßnahmen der Wehren wurde eine feste Preisstaffelung der Förderung festgelegt. Sie ist abhängig von der Anzahl der geplanten Stellplätze. Bei finanzschwachen Kommunen ist eine höhere Förderung möglich. Bei den ersten Stellplätzen je Feuerwehrhaus wird

ein höherer Festpreis gewährt, der sich für die weiteren Stellplätze verringert. Für die ersten Stellplätze sind 250.000 Euro bzw. 300.000 Euro für finanzschwache Kommunen vorgesehen. Ab dem fünften Stellplatz sinkt der Betrag auf 50.000 Euro bzw. auf 70.000 Euro. Für die Förderung von Sonderanlagen, wie Atemschutzübungsanlagen, stehen Festbeträge zwischen 25.000 und 100.000 Euro zu Verfügung.

→ 21. Januar 2021 WEBKONFERENZ

Hamburger Vergabetag 2021

Praxis-Workshops:

1. Wettbewerblcher Dialog
2. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Angebotswertung
3. Die vergaberechtskonforme Beschaffung von Verpflegungsleistungen
4. Die Wahl der Verfahrensart und ihr Einfluss auf den Markt
5. Lieferantenmanagement
6. Vergaberecht und Insolvenz
7. Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen
8. Häufige Fehler im Vergabeverfahren
9. Aktuelle Rechtsfragen zur Vergabe von Wegenutzungsrechten
10. IT-Beschaffung konkret
11. Nutzung der Inhouse-Vergabe
12. Ausschlussgründe und Selbstreinigung im Vergaberecht
13. Dringlichkeit, Rügen, Kostenexplosion und Co.
14. Beschaffung gebrauchter Software-Lizenzen

Keynotes u.a. von:



Dr. Christine Maimann,
Vorsitzende Richterin am
Oberlandesgericht, Vergabesenaat
des OLG Düsseldorf



Bettina Lentz,
Staatsrätin, Finanzbehörde der
Freien und Hansestadt Hamburg



Dr. Gundula Fehns-Böer,
Richterin am Oberlandesgericht,
Vergabesenaat des OLG Frankfurt
a.M.

Hamburger Vergabetag – DER Treffpunkt für öffentliche Einkäufer, Auftragnehmer und Vergaberechtler

Diskutieren Sie über aktuelle Rechtsfragen und einschlägige Spruchpraxis und erfahren Sie, wie digitale Einkaufsstrategien wirksam und zugleich rechtskonform umgesetzt werden können. Die insgesamt 14 Workshops mit einem stark praxisorientierten Ansatz sowie die Möglichkeit zum virtuellen Erfahrungsaustausch in der Behörden Spiegel-Webblounge runden den Hamburger Vergabetag weiter ab.

Veranstalter:



Mit fachlicher Unterstützung von:



→ Online-Anmeldung unter www.hamburger-vergabetag.de

Foto Hamburg: © John Smith, stock.adobe.com

Proben per Drohne geliefert

(BS) Durch den Einsatz von Drohnen soll die Transportzeit für besonders zeitkritische Proben zwischen einzelnen Klinikstandorten und dem Zentrallabor von Labor Berlin, dem ersten Gemeinschaftsunternehmen von Charité und Vivantes, deutlich verkürzt werden. Die autonomen Geräte sind seit kurzem in der Bundeshauptstadt unterwegs. Es geht unter anderem um die Lieferung medizinischer Materialien und Proben, die sehr zeitnah analysiert oder ausgeliefert werden müssen.

Dies kann etwa der Fall sein, wenn eine Blutprobe, die erst während einer Operation entnommen wurde und Anomalien aufweist, rasch ausgewertet werden muss. Bislang mussten derartige Proben noch per Kraftfahrzeug zwischen den einzelnen Standorten hin- und hertransportiert werden. Damit einher ging oftmals ein nicht unerheblicher Zeitverlust, insbesondere in

Zeiten des Berufsverkehrs. Vom Einsatz der Drohnen, die außerhalb der Sichtweite des Steuerers und stark autonom fliegen, erhoffen sich die Verantwortlichen massive Zeitgewinne für die Transporte.

Involviert sind in Berlin der Charité-Campus Benjamin Franklin, das geplante Corona-Behandlungszentrum auf dem Messengelände sowie das Zentrallabor von Labor Berlin am Charité-Campus Virchow-Klinikum in Mitte. Noch erfolgen erste Testflüge. Ziel ist es, bereits im kommenden Jahr den Transport von medizinischen Proben durch ein Drohnen-Netzwerk zu ermöglichen.

Der Geschäftsführer des Labor Berlin, Fabian Raddatz, betont: "Labor Berlin setzt mit diesem Projekt einen Meilenstein in der Effizienz seiner lebensrettenden Diagnostikleistungen. Verkehrsbehinderungen und Staus in der Großstadt sollen künftig kein Problem mehr sein." Seine Geschäftsfüh-



Drohnen im Corona-Einsatz.

Foto: BS/Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH

rungskollegin, Nina Beikert, ergänzt: "Wir können schon jetzt Dank effizienter Prozesse sehr schnelle Befunde liefern. Für Notfallproben liegt unsere Bearbeitungszeit im Labor unter 30 Minuten. Das Nadelöhr ist, gerade in einer Stadt wie Berlin, der Transport. Je länger die Probe zu uns braucht, desto länger warten die Patienten auf ihre Laborergebnisse."



Sicher und compliant in das neue Jahr. Programmstart 2021.



Grafik: © Irina Strelnikova, stock.adobe.com

IT-Sicherheit, Datenschutz, Threat Intelligence

- **Datenschutz beim Einsatz von K.I. und Robotik**
Online, 13. Januar, 13:30-15:30 Uhr
- **Zertifizierungskurs: IT-Security-Beauftragte/r**
Online, 21. Januar - 26. Februar
- **Datenschutz für Datenschutzkoordinator*innen und -Manager*innen**
Online, 27. Januar, 13:30-15:30 Uhr
- **ISO/IEC 27001 – Spezifikationen und Mindestanforderungen**
Online, 29. Januar, 9:30-12:30 Uhr
- **Rechtliche Anforderungen bei der Weiterverwendung von Daten und Informationen**
Online, 2. Februar, 13:30-15:30 Uhr
- **Datenschutz – Aktuelle Entscheidungen und Entwicklungen**
Online, 11. Februar, 13:30-15:30
- **Threat Intelligence Basics**
25. Februar, 13-14:00 Uhr
- **Rolle und Maßnahmen der*s IT-Sicherheitsbeauftragten beim IT-Notfall**
Online, 25. Februar, 13:00-16:00 Uhr

Das komplette Seminarprogramm 2021 finden Sie **hier**



Die Cyber Akademie ist Partner der Allianz für Cyber-Sicherheit

www.cyber-akademie.de

IdF NRW erweitert seine Kapazitäten

(BS) Das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW) erweitert seine Ausbildungskapazitäten an einem neuen Standort im Kreis Düren. Dazu haben der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Reul (CDU), der Direktor des IdF NRW, Berthold Penkert, und der Landrat des Kreises Düren, Wolfgang Spelthahn (CDU), einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Der Ausbau der Kapazitäten ist nötig geworden, weil die vorhandenen Einrichtungen in Münster und Telgte die Bedarfe an Aus- und Fortbildungslehrgängen nicht mehr stemmen können. Der neue Standort ist in Kreuzau-Stockheim.

Der Kooperationsvertrag sieht vor, dass das IdF NRW das Lehrpersonal und die Feuerwehrfahrzeuge stellt, während sich der Kreis um die Logistik vor Ort kümmert. Die Vereinbarung ist zunächst auf acht Jahre ausgelegt. Mittelfristig entsteht im Kreis Düren ein eigenes praktisches Übungsgelände für das Institut sowie für die kommunalen

Feuerwehren. Schon Mitte nächsten Jahres sollen die ersten 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kreuzau-Stockheim ihre Gruppenführerausbildung beginnen. Perspektivisch soll die Teilnehmerzahl der Lehrgänge bis Januar 2023 auf bis zu 72 Teilnehmer in parallel stattfindenden Ausbildungen steigen. Ebenso soll im Kreis Düren ein Übungsgelände für praktische Lehrinhalte entstehen. Es soll sowohl vom IdF NRW als auch von den kommunalen Feuerwehren genutzt werden. Insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren sollen an den Wochenenden in Abstimmung mit dem Kreis auf dem Gelände üben.

Penkert freut sich über den zügigen Abschluss der Planungen mit dem Kreis Düren für die zusätzlichen Ausbildungskapazitäten von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Führungskräften der Feuerwehren in NRW. Nur so ließen sich trotz des demografischen Wandels genügend qualifizierte Kräfte vorhalten, so Penkert.



Unterzeichneten einen Kooperationsvertrag: (v. l. n. r.) Berthold Penkert, Direktor des IdF NRW, Innenminister Herbert Reul und Landrat Wolfgang Spelthahn.

Foto: BS/IM NRW, Ralph Sondermann

DFV: Konzept vorgelegt

(BS) Zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) ein "Nationales Konzept für besonders große oder schwierige Vegetationsbrände" erstellt. Dabei sehen der DFV und DStGB Verbesserungspotenzial bei der vorhandenen Struktur.

Die Prävention, Organisation und technische Ausstattung müssten verbessert werden. Im Bereich der Prävention müssten unter anderem Waldbesitzer und die Bevölkerung stärker über Waldbrandgefahren sowie das richtige Verhalten aufgeklärt werden.

Ebenso müssen die Frühwarnsysteme aus Kameras, Luftbeobachtung und Drohnen ausgebaut werden. Zudem sind aktuelle (digitale) Karten der Waldgebiete sowie Geoinformationssysteme vorzuhalten. Außerdem muss der Waldumbau in Richtung Laubholz forciert werden.

Der DFV und der DStGB fordern auch mehr Unterstützung von Bund, Ländern und den kommunalen Behörden bei der Einsatzplanung. Auch sollen die Kosten für komplexe und lange Einsätze übernommen werden. Zudem sei eine bundesweite einheitliche Aus- und Fortbildung für Einsatzkräfte in der Vegetationsbrandbekämpfung zielführend. Außerdem fordern DFV und DStGB eine Stationierung von Spezialfeuerwehreinheiten des Bundes für Brände auf munitionsbelasteten Flächen.

Das Konzept findet sich [hier](#).

DIGITALER ONLINE STAAT DISKUSSION.

Betrieb öffentlicher Rechenzentren – Erfahrungen und Lehren aus der Corona-Krise

Donnerstag, 21. Januar 2021, 09:30 – 11:00 Uhr



Dr. Markus Pleier
CTO & Sr. Director System
Engineering Central Europe,
Nutanix



Dr. Johann Bizer
Vorsitzender des Vorstands,
Vorstand Lösungen und
Ressourcen, Dataport



Lars Hoppmann
Geschäftsleiter,
Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe



Trauer um Bartels

(BS) Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) trauert um seinen früheren Bundesvorsitzenden und Bundesarzt, Dr. Friedhelm Bartels. Bartels verstarb im Alter von 73 Jahren.

Er war vom Hause aus Anästhesist und Chirurg und nahm viele verschiedene Positionen innerhalb der Organisation ein. Vor seiner Amtszeit als ASB-Bundesvorsitzender von 2006 bis 2010 bekleidete Bartels unter anderem die Ämter als Landesarzt und Landesvorsitzender des ASB-Landesverbands Baden-Württemberg.

Neben seinem Engagement beim ASB hatte der Mediziner seit 1995 auch den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH) und die Präsidentschaft der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM) inne. Für seine Arbeit im Katastrophenschutz wurde ihm 2001 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

"Der ASB hat Friedhelm Bartels sehr viel zu verdanken. Sein Engagement war prägend für unsere Arbeit und wird auch nach seinem Tod nicht vergessen sein. Vor allem werden wir uns an seine stets freundliche und den Menschen zugewandte Art erinnern. Wir werden ihn alle vermissen und wünschen seiner Familie viel Kraft in dieser schweren Zeit", sagte der ASB-Bundesvorsitzende, Knut Fleckenstein.



Der frühere Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bunds (ASB), Dr. Friedhelm Bartels, verstarb im Alter von 73 Jahren.

Foto: BS/ASB

Neuer Beauftragter

(BS) Uwe Krischer wurde vom Präsidenten des Landesverbandes Westfalen-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Dr. Fritz Baur, zum DRK-Landesbeauftragten für den Bevölkerungsschutz ernannt. Krischer tritt damit die Nachfolge von Christoph Brodesser, der vor kurzem in den Ruhestand verabschiedet wurde (Der Behörden Spiegel berichtete). Mit der Ernennung von Krischer wurde auch die Bezeichnung des Ehrenamtes geändert. Zuvor hieß das Amt "Landesbeauftragter für den Katastrophenschutz".

Als Landesbeauftragter für den Bevölkerungsschutz nimmt sich Krischer unter anderem der Beratung der für das Krisenmanagement zuständigen Stellen und der Vernetzung der DRK-Ressourcen in der Krisenbewältigung an. Er konnte schon zuvor als stellvertretender Landesbeauftragter für den Katastrophenschutz Erfahrungen in diesem Bereich sammeln.

Krischer ist seit 1979 aktives ehrenamtliches DRK-Mitglied. In seiner Laufbahn übernahm er schon mehrere leitende Aufgaben. Zum Beispiel gehörte er im Jahr 2002 zur Einsatzleitung bei der Hochwasserhilfe des DRK in Sachsen-Anhalt und leitete den Einsatzstab NRW bei der Fußballweltmeisterschaft 2006.



Präsidenten des Landesverbandes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Westfalen-Lippe, Dr. Fritz Baur, (links) und der neue Landesbeauftragte Uwe Krischer.

Foto: BS/DRK LV Westfalen-Lippe

Neuer Vorsitzender

(BS) Jörg Geibert wurde vom Landesverband Thüringen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zum Vorstandsvorsitzenden berufen. Er tritt damit die Nachfolge von Peter Schreiber an. Schreiber hatte zuletzt die Positionen des Vorstandsvorsitzenden des Landesverbands und des Vorstandsvorsitzenden des DRK-Kreisverbandes Jena-Eisenberg-Stadtroda gleichzeitig wahrgenommen. Auf eigenen Wunsch möchte sich Schreiber nur noch den Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden des Kreisverbands widmen. Geibert wird ab dem 1. Januar 2021 als neuer Vorstandsvorsitzender tätig.

Geibert engagiert sich schon seit vielen Jahren im DRK. Zwischen 2010 und 2014 war der 57-jährige Innenminister Thüringens und von 2014 bis 2019 war er Mitglied des thüringischen Landtages. Er saß für die CDU im Landesparlament. Zuvor nahm der Jurist Tätigkeiten als Verwaltungsrichter, als Beamter im Thüringer Justiz- und Finanzministerium sowie als Staatssekretär im Thüringer Innenministerium wahr. Momentan ist Geibert als Rechtsanwalt tätig. Er engagiert sich zudem in dem Verein EducAid Kenya. Der Verein setzt sich für die Bildung von kenianischen Kindern ein und baut Schulen.



Jörg Geibert wurde zum DRK-Vorstandsvorsitzenden des Landesverbandes Thüringen berufen.

Foto: BS/Steffen Präßdorf, Wikimedia Commons

[CC BY-SA 3.0 DE](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/)

Highlights des Digitalen Staat Online 2020

(BS) Die Digitalisierung zieht sich nicht nur Corona-bedingt durch alle Branchen, sondern war längst notwendig und überfällig. Auf der Plattform [Digitaler Staat Online](#) fördert der Behörden Spiegel den Austausch zwischen Verwaltung, Politik, Wissenschaft sowie Wirtschaft. In einem Best-of-Video werden die inhaltlichen Vorzüge unserer Formate beispielhaft erlebbar. Machen Sie sich selbst ein Bild und werden Teil unserer interaktiven Community!

Mit dem Digitalen Staat Online ist nicht nur eine neue Expertenplattform geschaffen worden, sondern ein Netzwerk- und Wissensaustausch angestoßen worden, der die notwendige Antwort auf die Pandemie ist. Der Digitale Staat Online hat sich im Web zu einer Marke etabliert und setzt auf die Schwerpunkte Digitale Verwaltung, Digitale Gesellschaft und Digitale Souveränität. Er ist dabei nachhaltig und datenschutzkon-

form nach EU-DSGVO.

Spannende Diskussionen, informative Webinare, tiefgründige Gespräche und jede Menge hochkarätiges Sendematerial erwartet Sie online. Denn der Digitale Staat Online ist am Puls der Zeit und diskutiert über polarisierende Inhalte wie [Gewalt gegen Einsatzkräfte](#) sowie [Rechtsextremismus bei Polizei und Feuerwehr](#), wie die lebendigen Ausschnitte im Video unter Beweis stellen.

Das Video mit den Highlights findet sich [hier](#).



Die Diskussionsrunde zu Rechtsextremismus bei Polizei und Feuerwehr mit Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann (SPD), Souad Lamroubal von der Behörden Spiegel-Stiftung und Siegfried Maier, Bundesvorsitzender der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) war eine von vielen spannenden Runden.

Screenshot: BS/Klawon

Alle Diskussionsrunden und Webinare finden sich in der [Mediathek des Digitalen Staat Online](#).

NRW: Freiwilligenregister geregelt

(BS) Die Landesregierung in Düsseldorf schafft mit der "Verordnung zur Ausübung eines Freiwilligendienstes in einer epidemischen Lage" (FdVO-NRW) rechtliche und finanzielle Klarheit für den Einsatz der 11.000 registrierten Kräfte aus dem Gesundheits- und Pflegebereich aus dem Freiwilligenregister des Landes. Die Vor-



Eine neue Verordnung soll rechtliche und finanzielle Klarheit für den Einsatz der 11.000 Fachkräfte aus dem Freiwilligenregister des Landes NRW schaffen.

Foto: BS/Ro Ma, [pixabay.com](#)

lage der FdVO-NRW wurde schon vom Haushalts- und Finanzausschuss gebilligt und muss jetzt noch vom Landtag bestätigt werden. Unter anderem stehen 3.270 Ärztinnen und Ärzte, 1.883 medizinische Fachangestellte und 3.118 Pflegefachkräfte zur Vermittlung bereit.

Verordnung regelt Ansprüche

Mit der Verordnung und dem Register sollen verschiedene Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Impfzentren sowie Abstrichstellen schnell und unbürokratisch personelle Unterstützung anfordern können. "Es gibt in der aktuellen Situation einerseits viele Menschen die freiwillig helfen wollen und andererseits Gesundheitseinrichtungen die Unterstützung sehr gut gebrauchen können. Mit dem Freiwilligenregister schafft das Land die Plattform, um beide Seiten zusammenzubringen", fasste der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister, Karl-Josef Laumann (CDU), das Vorhaben zusammen. Das Land Nordrhein-Westfalen kommt nach

der Verordnung für den Lohnausfall auf und erstattet den freistellenden Arbeitgebern die Kosten für die registrierten Fachkräfte, die bei Impfzentren oder Einsatzstellen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes tätig werden. Ebenso erhalten auch Selbstständige, die sich freiwillig gemeldet haben, einen Anspruch auf Erstattung ihres Verdienstausfalls gegenüber dem Land.

Freiwillige können aber auch mit den Einsatzstellen eigenständig Arbeitsverträge abschließen. Im Fall des Abschlusses eines Arbeitsvertrages werden die Tarife des öffentlichen Dienstes angewendet. "Mir ist sehr wichtig, dass niemandem durch den Freiwilligeneinsatz Nachteile entstehen. Das hat das Land jetzt durch die Freiwilligenverordnung sichergestellt" erklärte dazu Laumann. Die Ärztekammer Nordrhein und Westfalen-Lippe betreuen das Register und organisieren die Vermittlung der Fachkräfte an die jeweiligen Einsatzstellen.

Weitere Informationen zum Freiwilligenregister des Landes NRW finden sich [hier](#).



Foto: ista_photos, stock.adobe.com

WEBINAR

Impfzentren

Leistungen zum Betrieb rechtssicher beschaffen

21. Dezember 2020, 10:00-13:00 Uhr

Aufgrund der besonderen Pandemiesituation sollen nach der nationalen Impfstrategie in einer ersten Phase COVID-19-Impfungen über Impfzentren durchgeführt werden. Bei der externen Unterstützung der öffentlichen Hand bei Einrichtung und Betrieb von Impfzentren, müssen diese Leistungen unter Beachtung des Vergaberechts beschafft werden. Dieses Webinar soll grundlegendes Wissen vermitteln, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Tremmel ist Abteilungsleiter Technik bei der Feuerwehr Düsseldorf und Projektleiter für das dortige Impfzentrum. Seit 2012 bekleidete er verschiedene Funktionen bei Feuerwehren, u.a. Einsatzleiter im AD und Organisatorischer Leiter Rettungsdienst.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Impfzentren“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoui, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.